Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7654

09. 08. 90

Entschließungsantrag

der Fraktion DIE GRÜNEN

zur vereinbarten Aussprache zur Vorbereitung der deutschen Einheit

Keine verdeckte Parteienfinanzierung aus dem Vermögen der früheren Blockparteien und der PDS/SED

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Durch den finanziellen Vermögenszugewinn von CDU und FDP infolge ihrer Vereinigung mit DDR-Blockparteien und den Vermögensübertragungen von der SED zur PDS wird das Verfassungsgebot der Chancengleichheit der politischen Parteien verletzt.

Mit dieser verdeckten Parteienfinanzierung wird die Praxis der unrechtmäßigen und unlauteren Selbstbereicherung der Parteien fortgesetzt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

durch Vereinbarung mit der Regierung der DDR zu erreichen, daß unverzüglich gesetzliche Vorschriften ausgearbeitet und beiden Parlamenten vorgelegt werden, die sicherstellen, daß alle Vermögenswerte der früheren Blockparteien und der PDS/SED sowie der mit ihnen verbundenen Massenorganisationen unverzüglich eingezogen werden.

Davon unberührt bleiben Vermögenswerte, die vor der Errichtung der SED-Diktatur rechtmäßiges Eigentum von Parteien waren.

Alle Vermögensteile sind liquide zu machen.

Sie sind für die Finanzausstattung

- einer Umwelt- und Sozialstiftung, die Initiativen zur sofortigen Verbesserung der ökologischen und sozialen Lebensbedingungen in den Ländern der DDR fördert, und
- zur dringend notwendigen Anschubfinanzierung der Altersmindestrente in der DDR

zu verwenden.

Bonn, den 9. August 1990

Hoss, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333